

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Neue Heimat -
Bundesraumordnungsbericht - GATT-Konferenz -
Agrarhandel - Sowjetunion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1986) : Kurz kommentiert: Neue Heimat - Bundesraumordnungsbericht - GATT-Konferenz - Agrarhandel - Sowjetunion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 10, pp. 481-482

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136204>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neue Heimat

Schadensbegrenzung?

Mit einem Paukenschlag ist Ende September ein nicht eben rühmliches Kapitel in der Geschichte des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat beendet worden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sein ehemaliges „Flaggschiff“ überraschend zum 1. Oktober für den symbolischen Preis von 1 DM an den Privatunternehmer Horst Schiesser verkauft, der damit allerdings auch die Schulden in Höhe von 17 Mrd. DM übernimmt. Als Soforthilfe stellen die Gewerkschaften dem Käufer zinsgünstige Kredite und Ausgleichszahlungen in Höhe von 1,5 Mrd. DM zur Verfügung. Mit diesen Mitteln soll die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens zunächst bis Ende 1987 sichergestellt werden. Von den 260000 Wohnungen, die Schiesser jetzt erworben hat, sollen jedoch 70000 bis zum Jahresende über die Gewerkschaftsholding BGAG an die Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen weiterverkauft werden.

Unmittelbar nach der Übernahme hat der neue Eigentümer auf einer Pressekonferenz bekundet, daß die von ihm beabsichtigte Sanierung des hochverschuldeten Konzerns längerfristig nur mit Unterstützung der Gläubiger und der Öffentlichen Hand gelingen könne. Damit stellt Schiesser klar, daß er eine Sanierung aus eigener Kraft – durch Verkäufe von Wohnungen und Grundstücken sowie Mieterhöhungen und Kosteneinsparungen – als wenig erfolgversprechend beurteilt. Am Ende werden wohl die Gläubiger und die Steuerzahler für einen nicht unerheblichen Teil der durch Mißwirtschaft und Fehlentscheidungen erwirtschafteten Verluste aufkommen müssen.

Für den DGB liegen die Vorteile des jetzigen „Notverkaufs“ in der finanziellen Schadensbegrenzung, die sich ergibt, wenn der drohende Konkurs solange ausbleibt, bis die Durchgriffshaftung nach fünf Jahren verjährt ist. Aber selbst wenn diese Strategie zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften gelingen sollte, bleibt doch ein unübersehbarer Schaden für die Idee der Gemeinwirtschaft und das Ansehen der Gewerkschaften. hn

Bundesraumordnungsbericht

Ungebremster Flächenverbrauch

Alle vier Jahre wird im Bundesraumordnungsbericht dargelegt, welche Erfolge die Regierung bei der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teil-

räumen der Bundesrepublik aufweisen kann. Im jüngsten Bericht wird hervorgehoben, daß in benachteiligten ländlichen Gebieten zwischen 1982 und 1985 durch die Förderung des Bundes ein Arbeitsplatzwachstum von bis zu 6% erzielt wurde. Eine vielleicht noch wichtigere Herausforderung, gerade für den Raumplaner, stellen aber ökologische Fehlentwicklungen dar. Der Bericht verdeutlicht, daß angesichts der Begrenztheit der natürlichen Ressource „Boden“ und bei weiterhin uneingeschränktem Landverbrauch die Spielräume hier immer enger werden: In den letzten Jahren wurden im Bundesgebiet täglich 120 ha Freiflächen in Siedlungsflächen umgewandelt. Insbesondere die Suburbanisierungstendenzen in den Großstädten tragen erheblich zum Flächenverbrauch bei.

Höchst bedenklich erscheinen angesichts dieses Befundes einige Änderungen des Baurechts, die noch in diesem Monat vom Bundestag beschlossen werden sollen. So sind unter dem Stichwort „Entbürokratisierung“ Erleichterungen für das Bauen in Außenbereichen, d. h. nicht zusammenhängenden Siedlungsflächen, geplant; unter anderem werden dort neben den bisher allein möglichen Nutzungsarten Gartenbau und Landwirtschaft in Zukunft auch andere zugelassen, wenn auf der betroffenen Fläche zuvor schon ein Gebäude vorhanden war. Da diese Flächen wegen ihrer Lage ökonomisch interessant sind, dürfte es in der Praxis zu zahlreichen Umwidmungen bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen kommen; für eine an sich notwendige und wünschenswerte Rückgewinnung von Freiflächen gibt es so kaum eine Chance. rr

GATT-Konferenz

Weg aus der Krise

Nach der Ministerkonferenz des GATT in Punta del Este herrschten allgemein Zufriedenheit und Erleichterung vor, dies in merkwürdigem Kontrast zu der ebenfalls verbreiteten Einschätzung, die nun eingeläutete achte GATT-Runde werde die weitaus komplizierteste und schwierigste sein. Die Konferenz stand unter hohem Erfolgsdruck, nachdem die vorangegangenen Vorbereitungsverhandlungen durch viel Bitterkeit und Gezänk gekennzeichnet waren.

Tatsächlich können sich die Ergebnisse sehen lassen. Man hat sich auf eine Agenda für die Uruguay-Runde geeinigt. Die substantiellen Verhandlungen sollen noch in diesem Jahr beginnen. Der Dienstleistungsstreit ist salomonisch zugedeckt worden; immerhin ist

nun klar, daß der internationale Handel mit Dienstleistungen ebenso wie der Warenhandel Sache des GATT ist. Das Agrarübel soll an der Wurzel, der staatlich alimentierten Überschußproduktion, gepackt werden. Die Textil- und Bekleidungsindustrie soll den allgemeinen GATT-Regeln unterstellt werden. Das gleiche gilt für die zahlreichen Grauzonenmaßnahmen, mit denen das GATT umgangen wird. Damit wird die bereits in der Tokio-Runde angestrebte, aber verfehlte Reform der Schutzklausel zu einem zentralen Thema der neuen GATT-Runde. Hier eine Lösung zu finden, die das GATT nicht verwässert, gleichzeitig aber für die Mitgliedstaaten attraktiv genug ist, auf GATT-fremde Regelungen zu verzichten, kommt fast der Quadratur des Zirkels nahe.

Die GATT-Konferenz hat den Weg aus der Krise der internationalen Handelsordnung gewiesen. Nun liegt es am guten politischen Willen aller Beteiligten, dem Geist von Punta del Este auch in den bevorstehenden harten Detailverhandlungen eine Chance zu geben. gk

Agrarhandel

Internationales Weizenpoker

Die EG hat der Sowjetunion 1 Mill. Tonnen Weizen zum Tonnenpreis von rund 150 DM verkauft. Dabei ist jede Tonne mit knapp 270 DM subventioniert. Weitere 3 Mill. Tonnen zu den gleichen Bedingungen sollen folgen. Demgegenüber sind die USA mit ihrem ebenfalls subventionierten Weizenangebot in Moskau abgeblitzt. Die bis zum 30. September befristete Offerte soll nicht erneuert werden. Kurz nachdem die Regierung in Washington eine entsprechende Erklärung abgegeben hatte, schloß die Sowjetunion ein Getreideabkommen mit Kanada, das ein führendes Mitglied der Ende August in der australischen Stadt Cairns zur gemeinsamen Bekämpfung der Agrarhandelspraktiken Amerikas und der EG gegründeten Vereinigung der „Fair Traders in Agriculture“ ist. Das Abkommen sieht die Lieferung von mindestens 25 Mill. Tonnen Weizen und Futtergetreide aus Kanada in die Sowjetunion in den nächsten fünf Jahren vor.

Somit scheint es fast, als könnte der UdSSR das Kunststück gelingen, gleichzeitig die EG und die USA gegeneinander auszuspielen und die durch den Verdrängungswettbewerb zwischen den Agrarhandelsriesen geschädigten Drittländer auf ihre Seite zu ziehen. Allerdings ist der Einfuhrbedarf der Sowjetunion begrenzt, zumal die eigene Getreideernte in diesem Jahr

anscheinend deutlich besser ausfällt als 1985. Und das tatsächliche Kaufverhalten der UdSSR dürfte letztlich in erster Linie durch den Preis bestimmt werden, den die verschiedenen Lieferanten fordern. In dieser Hinsicht will sich aber die EG offenbar durch niemanden unterbieten lassen, ungeachtet der Kosten, die dem europäischen Steuerzahler dadurch entstehen. ko

Sowjetunion

Wandel im Wirtschaftssystem

Nach langjähriger Beobachtung der Wirtschaftsreformen in den „Bruderländern“ scheint Moskau bereit zu sein, auch im eigenen Wirtschaftssystem „tiefgreifende“ Veränderungen vorzunehmen. Aber nicht etwa das Prinzip der Brüderlichkeit hat die Führung veranlaßt, mit den RGW-Partnern in dieser Sache Schritt halten zu wollen, sondern allein die Sorge um die eigene volkswirtschaftliche Entwicklung.

Gorbatschow weiß, daß die anspruchsvollen Ziele des Fünfjahrplanes nur bei „tiefgreifender Umgestaltung der Planung und Lenkung sowie des gesamten Wirtschaftsmechanismus“ zu erreichen sind. Wie tiefgreifend diese Veränderungen wirklich sein werden, darüber kann man zur Zeit nur spekulieren. Jedenfalls erklärte der Direktor des Wirtschaftsinstituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Abalkin, daß die angestrebte Wirtschaftsreform weder zu einer Arbeitslosigkeit noch zur Schließung von industriellen Kleinbetrieben führen werde. Daraus kann man schließen, daß die Prinzipien der Planwirtschaft unangetastet bleiben sollen.

Festzustellen ist nur, daß nach der Phase der Experimente in der Industrie und Landwirtschaft die Reformen weitere Bereiche, darunter auch den Außenhandel, einbeziehen sollen. Ab dem 1. 1. 1987 erhalten über 20 Ministerien und Ressorts sowie 70 Vereinigungen und größere Produktionsbetriebe das Recht, ihre Außenhandelsgeschäfte direkt zu tätigen. Es wird ihnen auch ein Teil der Devisenerlöse anvertraut werden. Das Außenhandelsministerium wird nun das Monopol über den Außenhandel zusammen mit dem neugegründeten Staatskomitee für ökonomische Zusammenarbeit mit dem Ausland ausüben.

Der Erfolg ist Gorbatschow aber durchaus nicht sicher, stehen einer grundlegenden Änderung der jahrelang eingefahrenen Strukturen in der sowjetischen Verwaltung doch handfeste Interessen der dadurch an Einfluß verlierenden Gruppen entgegen. ap